

Station für psychisch kranke Häftlinge geplant

Strafvollzug Im Kanton St. Gallen fehlen Plätze für psychisch kranke Häftlinge. Auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik in Wil soll nun für 12,9 Millionen Franken eine geschlossene Forensikstation mit 16 Plätzen gebaut werden. Die Regierung hat dazu eine Bauvorlage verabschiedet, wie die Staatskanzlei mitteilt. Psychisch kranke oder gestörte Häftlinge «mit einem mittleren Sicherheitsrisiko» habe man bislang ausserkantonale unterbringen müssen, oder sie seien in ein Gefängnis eingewiesen oder dort belassen worden. Diese Lösung sei aber weder von der baulichen noch der personellen Ausstattung her für psychisch kranke Häftlinge geeignet. Geplant ist auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik Wil ein eingeschossiges Gebäude mit 16 Betten, 3 Sicherheitszimmern, dazu Aufenthalts-, Therapie- und Beschäftigungsräumen sowie einem gesicherten Aussenraum. Die Bauvorlage wird voraussichtlich in der Aprilsession vom Kantonsrat beraten. Stimmt das Parlament zu, könnten die Bauarbeiten 2020 beginnen. An den Kosten von insgesamt 12,9 Millionen Franken soll sich der Bund mit 3,8 Millionen Franken beteiligen. (sda)

Jungfreisinnige gegen FDP

Parolen Die Jungfreisinnigen des Kantons St. Gallen haben ihre Parolen für die Volksabstimmung vom 4. März gefasst – und stellen sich damit gegen ihre Mutterpartei: Den Kredit für die Sanierung des Theaters St. Gallen lehnen sie ab. «Das Theater St. Gallen ist das einzige ständig bespielte Drei-Sparten-Theater zwischen Stuttgart, Zürich und Innsbruck, wobei diese Städte um einiges grösser sind als St. Gallen», heisst es in der Mitteilung der Jungpartei. Beim Sanierungskredit von 48,6 Millionen Franken sei die «massvolle Grenze überschritten». Für die Jungfreisinnigen sei im höchsten Masse fraglich, ob der Kanton ein derart grosses Theaterangebot mittels Steuergeldern finanzieren solle. Denn bereits der jährliche Aufwand von 40 Millionen Franken werde mit 32 Millionen Franken Steuergeldern subventioniert. Hingegen befürworten die Jungfreisinnigen die No-Billag-Initiative. Man sei «gegen unnötige Zwangsgebühren». Bürgerinnen und Bürger müssten frei entscheiden können, wie viel Geld sie für Medien, die sie konsumieren möchten, ausgeben wollten. In der Schweizer Medienlandschaft müsse sich etwas ändern. (red)

Bürki nimmt Arbeit wieder auf

Regierung Der Innerrhoder Landesfährlich Martin Bürki hat am 4. Januar einen leichten Herzinfarkt erlitten. Er erhole sich gut, teilte die Ständekommission gestern mit. Bürki sei nach einem Spitalaufenthalt wieder zu Hause und befinde sich in einer ambulanten Therapie. Er nehme die Amtsgeschäfte kommende Woche wieder auf, heisst es in der Mitteilung. (sda)

«Eltern fehlt eine klare Linie»

Schulweg Immer häufiger fahren Eltern ihre Kinder zur Schule. Dies sei aber nicht förderlich für deren Entwicklung, sagt ein Schulpsychologe. Auf dem Schulweg lerne ein Kind, Verantwortung zu übernehmen.

Alexandra Pavlović
alexandra.pavlovic@tagblatt.ch

Monika und Simon gehen zu Fuss zur Schule, Valérie und Leon hingegen werden von ihren Eltern mit dem Auto gefahren. Täglich spielt sich dieses Szenario vor Ostschweizer Schulen ab. Das Chauffieren stösst einigen Schulleitern sauer auf. Zuletzt vor einer Primarschule in Wil. Dort hat die Polizei den Autoverkehr zwei Wochen lang beobachtet. Fazit: keine grossen Probleme mit Elterntaxis. Bussen wurden keine verteilt, so die Polizei. Doch wie so fahren Eltern ihre Kinder überhaupt zur Schule? «Viele geben an, dass sie ihr Kind vor den Gefahren des Strassenverkehrs oder vor möglichen Streitigkeiten mit anderen Kindern schützen möchten», erklärt Schulpsychologe Ralph Wettach. Eine Nachfrage bei Elternvereinen ergibt dasselbe: «Für einige Eltern ist es aber auch einfach bequem, die Kinder rasch auf dem Weg zur Arbeit abzuladen.»

Zu wenig Vertrauen in die Kinder

Die Absicht der Eltern hinter den Elterntaxis ist zwar gut gemeint, doch förderlich ist sie nicht. Wie Wettach sagt, kann sich regelmässiges Zur-Schule-Fahren auf die Entwicklung eines Kindes auswirken. «Die Entwicklung der Selbstständigkeit kann gebremst werden, weil der Schulweg für viele Kinder die erste Zeitspanne ist, die sie alleine, ohne Aufsicht von Eltern oder Lehrpersonen, bewältigen.» Das Kind lerne hier, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. «Wenn Ängste der Eltern der Grund für das Fahren sind, vermitteln sie dem Kind indirekt, wir trauen dir nicht zu, den Schulweg alleine zu meistern.»

Annamarie Spierings aus Wittenbach ist selber Mutter und hat das Problem der Elterntaxis in Wittenbach erlebt. Die Sprecherin des Vereins «Fami» kann die Angst der Eltern in Sachen Schul-



Statt an die Schule gefahren zu werden, sollten Kinder den Schulweg besser zu Fuss bestreiten, sagen Experten.

Bild: Urs Bucher

weg nicht ganz nachvollziehen und findet auch, dass Kindern heute kaum etwas zugetraut wird. «Viele Eltern lassen sich zu schnell um den Finger wickeln. Ihnen fehlt eine klare Linie», sagt sie. In Wittenbach hat sich die Situation dank eines temporären Fahrverbots vor dem Schulhaus Steig zwar beruhigt, doch noch immer werden zu viele Kinder mit dem Auto gebracht. Spierings findet deshalb, dass man das Verbot ausweiten müsste. «Statt vor der Schule werden die Kinder nun einfach etwas vorher ausgeladen. Das Problem hat sich so nur verlagert.» Der Schulweg sei aber wichtig für ein Kind. Gemäss Wettach kann sich dieses nicht nur mit Mitschülern austau-

schen, sondern viele Erfahrungen sammeln. «Das würde es auf dem Rücksitz verpassen.» Daher solle jedes Kind, wenn keine triftigen Gründe wie körperliche Einschränkungen oder der Entwicklungsstand dagegen sprechen, selbstständig zur Schule gehen. Für Eltern gelte, das Kind gut in den Schulweg einzuführen und gegen die Gefahren des Strassenverkehrs zu wappnen.

Laufen fördert die Sozialkompetenz

Jann Döbelin von der Elternvereinigung Wiler Schulen (ElWiS) begrüsst die Idee des Experten. «Laufen fördert die Sozialkompetenz eines Kindes. Etwa wenn es darum geht, das korrekte Verhal-

ten auf dem Schulweg zu erlernen.» Daher unterstütze ElWiS Massnahmen gegen Elterntaxis im Bereich der Schulhäuser, wenn diese dazu dienen, gefährliche Situationen zu vermeiden. Welche Massnahmen geeignet seien, hänge von der örtlichen Situation ab. «Eltern, die dennoch Bedenken haben, empfehlen wir, ihre Kinder am Anfang zu Fuss zu begleiten, bis sie den Schulweg selbstständig sicher zurücklegen können», sagt Döbelin. Sinnvoll sei es auch, wenn sich die Eltern untereinander organisieren, um die Kinder auf gefährlichen Abschnitten zu begleiten. In Rorschach hat man Eltern des Schulkreis Pestalozzi mit Plakaten und Broschüren auf das Thema Schul-

wegsicherheit hingewiesen. Die Schulbehörde versucht auch mit baulichen Massnahmen die Situation zu entspannen. «Ziel ist es, die Pausenplätze und problematischen Zufahrten von Autos zu befreien», sagt Eva-Maria Willaert, Präsidentin des dortigen Elternrats. Auch sie hat mit Eltern viel über Elterntaxis diskutiert, dabei gingen die Meinungen auseinander. «Ein Grossteil ist aber davon überzeugt, dass Laufen für die Entwicklung eines Kindes gesünder ist.» Laufen viele Kinder eines Quartiers zusammen zur Schule, kommen Eltern weniger auf die Idee, sie zu fahren. «Egal, welche Methode man aber wählt, im Vordergrund steht stets eins: die Sicherheit der Kinder.»

Schulterchluss für das Theater

Abstimmung Mit einem Baukredit von 48,6 Millionen Franken soll das Theater St. Gallen erneuert und erweitert werden. Gestern warb das Pro-Komitee für ein Ja in der Referendumsabstimmung vom 4. März.

SP-Fraktionspräsident Peter Hartmann (SP) bringt Bühnenerfahrung als Tellensohn mit. Thomas Schwager, Präsident Grüne, kennt das Theater St. Gallen seit 48 Jahren und sieht in der Lüftung kein Ruhmesblatt für den Kanton St. Gallen, «eine der ältesten Anlagen der Schweiz». GLP-Präsidentin Sonja Lüthi, dem Pro-Komitee bereits vor ihrer Wahl zur Stadträtin beigetreten, spricht gleichwohl von einem der profiliertesten Kulturbetriebe im Kanton St. Gallen mit einer Ausstrahlung weit über die Landesgrenzen hinaus. «Es ist das einzige ständig betriebene Theaterhaus zwischen Zürich und Innsbruck, das Oper, Musical, Schauspiel und Tanz zeigt.» FDP-Fraktionspräsident Beat Tinner war schon als Student von der Architektur des Architekten Claude Paillard «schwer beein-

druckt». Und CVP/GLP-Fraktionspräsident Andreas Widmer ist optimistisch, nach einem Volks-Ja am 4. März im Jahr 2020 mit der Renovation zu beginnen (Bauzeit: zwei Jahre). Selten einhellig wirbt das überparteiliche

Pro-Komitee «Ja zum Theater. Ja zum Standort Kanton St. Gallen» für die Sanierung des 1968 eingeweihten Theatergebäudes. Der Kantonsrat nahm mit Ausnahme der gespaltenen SVP den Kredit in der Septembersession ge-

schlossen mit 83:19 Ja und 12 Enthaltungen deutlich an. Mit dem Ratsreferendum kommt es am 4. März nun zur Urnenabstimmung.

Drittgrösstes Publikumstheater

Das Theater St. Gallen bringt jede Spielzeit über 20 Neuinszenierungen heraus und wird bei rund 450 Vorstellungen (davon etwa 40 auswärts) von über 150 000 Zuschauern aus dem ganzen Bodenseeraum besucht. Damit steht es nach dem Opernhaus Zürich und dem Theater Basel an dritter Stelle aller Schweizer Theater.

Am 17. Februar ist die Welt-Uraufführung des Musicals «Matterhorn» angekündigt, eine Co-Produktion mit den Thunerseespielen. Das Theaterhaus weist seit Jahren eine konstante Auslas-

stimmung von 75 Prozent und mehr aus, ein Spitzenwert in der Branche. Das gilt auch für den Selbstfinanzierungsgrad von einem Drittel.

Das von rund 200 Personen aus Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik breit abgestützte Pro-Komitee will das Theater wieder «fit machen für einen zeitgemässen Betrieb». Platzprobleme in den Maskenträumen, Künstlergarderoben und Werkstätten würden mit einer «angemessenen Erweiterung» gelöst. Für das Komitee ist klar, dass es keine Alternativen zur Sanierung gibt. Die Kosten für einen Neubau an einem neuen Standort lägen mit geschätzten 130 bis 150 Millionen Franken um ein Mehrfaches höher.

Christoph Zweili
christoph.zweili@tagblatt.ch



6 aus 10: ein Teil der Co-Präsidenten des Pro-Komitees – Peter Hartmann (SP), Andreas Widmer (CVP), Thomas Schwager (Grüne), Sonja Lüthi (GLP), Daniel Bertoldo (EVP), Beat Tinner (FDP). Bild: Ralph Ribl